

Arbeitsplätze: Aktive Beschäftigungspolitik anstatt neoliberale Rücksichtslosigkeit.

Liebe Leserin, lieber Leser

Noch immer sind im Kanton Zürich über 30'000 Menschen auf Stellensuche!

Es ist höchste Zeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeit besser zu verteilen.

Denn das Problem der Erwerbslosigkeit wird sich - entgegen den Verlautbarungen von bürgerlicher Seite - auch durch eine anziehende Konjunktur nicht in Luft auflösen.

Darum braucht es eine eigentliche Beschäftigungspolitik. Der Kanton Zürich darf sich nicht darauf beschränken, die Erwerbslosigkeit zu verwalten. Er kann und muss lenken und unterstützen, er soll Schwerpunkte setzen.

Der Kanton Zürich muss bei der Verteilung der Mittel und Kräfte zur Förderung der Wirtschaft neue Akzente setzen. Die SP möchte die vorhandenen Mittel optimal nutzen und eine andere, aktive Standort- und Arbeitsmarktpolitik betreiben. Der Strukturwandel zugunsten innovativer, zukunftsorientierter Branchen muss begünstigt werden und die knappen Mittel müssen in Bildung und Forschung, Firmengründung und -unterstützung sowie in Zukunftstechnologien gesteckt werden.

Ich freue mich, Ihnen die Vorschläge der SP zur Schaffung neuer Arbeitsplätze präsentieren zu können.

(Bild)

Dorothee Jaun

Regierungsratskandidatin und Kantonsrätin, Fällanden.

Arbeitslosigkeit ist zu teuer

Neue Arbeitsplätze entlasten die Sozialhilfe und die Arbeitslosenversicherung, senken die Gesundheitskosten und bringen Steuereinnahmen. Aus diesem Grund ist es notwendig, eine aktive Arbeitsplatzpolitik zu betreiben. Die Zürcher Regierung tut aber genau das Gegenteil: sie gibt sich mit der Verwaltung der Erwerbslosigkeit zufrieden. Dies ist fahrlässig. In der Antwort auf eine Interpellation erklärte der Regierungsrat, die Wirtschaft müsse ihre Probleme «aus eigener Kraft» lösen; Eingriffe des Staates würden den nötigen Strukturwandel bloss verzögern. Die SP meint: Beschäftigungspolitik muss nicht zwingend Strukturhaltung heissen. Im Gegenteil: Durch gezielte Investitionen und Förderung kann und muss der Staat den Strukturwandel aktiv in die gewünschte Richtung lenken.

Strukturwandel: Es gibt Branchen und Unternehmen, in denen falsche Impulse oder sonstige Faktoren - z.B. reichlich fliessende Subventionen oder billige Arbeitskräfte - dazu führen, dass die notwendigen Anpassungen nicht an die Hand genommen werden. In solchen Fällen können staatliche Investitionen lähmend wirken. Genauso, wie es etablierte Branchen und Firmen gibt, die sich den neuen Erkenntnissen, Technologien und Methoden noch nicht angepasst haben, gibt es aber auch Branchen und Firmen, die zukunftsweisend sind, aber noch nicht etabliert. Etwa, weil sie noch jung sind, weil sie zu wenig Kredite erhalten oder weil ihre Ideen und Produkte noch wenig bekannt sind. Hier kann und soll der Staat Impulse geben.

Grafik 1: (irgendwo im ersten Teil des F+A)

(Daten liegen bei)

(Legendentext:) Ausser Optikon-Glattbrugg haben alle wichtigen Arbeitsplatzzentren im Kanton Zürich in den Jahren 1991-1995 massiv Arbeitsplätze verloren.

Quelle: leistungsabgeltung.doc. Dokumentation des Zürcher Stadtrates zur Leistungsabgeltung 1998.

Standortpolitik - aber anders

Der Kanton Zürich setzt heute bei den Mitteln und Kräften, die er zur Förderung der Wirtschaft einsetzt, falsche Akzente. Der grösste Teil der Mittel und Massnahmen in Form von Anreizen, Steuererleichterungen oder Subventionen wird in Schutz und

Erhaltung strukturschwacher Branchen eingesetzt oder nützt den bereits starken, international ausgerichteten Dienstleistungsunternehmen (Banken, Versicherungen). Diese wurden in den vergangenen Jahren immer wieder mit Steuergeschenken belohnt, während junge Unternehmen nach wie vor steuerlich benachteiligt werden. Standortpolitik darf sich unserer Meinung nach nicht auf Versuche beschränken, neue Unternehmungen aus dem Ausland anzusiedeln oder im ruinösen Steuerwettbewerb mitzumachen. Wir haben ja gesehen, dass Steuersenkungen die Unternehmen nicht daran hindern, Menschen zu entlassen, zu fusionieren oder ihren Standort zu verlegen! Obwohl sie kaum neue Arbeitsplätze schaffen werden, haben die exportorientierten Grossbetriebe sowie die grossen Dienstleistungsunternehmen für den Kanton Zürich eine wichtige Bedeutung. Sie beziehen Dienstleistungen von kleinen und mittleren Unternehmen und vom Gewerbe und sind insofern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zürichs Standortvorteile müssen gepflegt und ausgebaut werden, um diese Betriebe bei der Stange zu halten. Deswegen sind Ausgaben für Bildung, öffentlichen Verkehr, Wohn- und Lebensqualität sowie Umwelt wichtige Investitionen in den Standort Zürich, ebenso wie zur Standortpolitik auch die stärkere Förderung und Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen gehört.

Standortvorteile: Zu den erwiesenen Standortvorteilen Zürichs gehören die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, die Berechenbarkeit des politischen Umfeldes sowie die Sozialpartnerschaft, das Telekommunikationsangebot, die internationale Verkehrsanbindung und nicht zuletzt die Lebensqualität (Kultur, Umwelt, Wohnsituation für FirmenmitarbeiterInnen). Verbesserungen sind nötig bei den Bewilligungen, und ein weiterer entscheidender Standortnachteil ist der für unsere Exportwirtschaft benötigte Zugang zum EU-Binnenmarkt.

Ein Teil der Wirtschaft hat sich aus ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen verabschiedet. Dies ist nicht tolerierbar. Heute produzieren 88 Beschäftigte gleich viel wie 100 Angestellte vor dreizehn Jahren. Davon profitieren jedoch ausschliesslich die Unternehmungen, während die Angestellten vergeblich auf eine angemessene Beteiligung in Form von Arbeitszeitverkürzungen oder Lohnerhöhungen warteten — selbstverständlich mit Ausnahme des Kaders. Von Rationalisierungen und Fusionen profitiert, wer Kapital hat: Zum ersten Mal überstiegen im letzten Jahr in der Schweiz die Einkommen aus Vermögensgewinnen die Einkommen aus Erwerbsarbeit. Das unsolidarische

Shareholder-Value-Denken ist verantwortungslos und kurzfristig. Teile der Wirtschaft haben sich auf Kosten der Allgemeinheit gesundgestossen, welche ihre Entlassenen via Arbeitslosengeld finanziert. Und auf Kosten der verbliebenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, welche mit gleich viel oder weniger Lohn mehr leisten.

Wir setzen auf die KMU

Darum legt die SP den Schwerpunkt ihrer Wirtschaftsförderungs- und Standortpolitik auf die Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Diese beschäftigen heute schon drei Viertel aller ArbeitnehmerInnen der Schweiz, und von ihnen erwartet man die positivsten Auswirkungen auf die Erhaltung und Erhöhung der Beschäftigung. Neue Stellen werden in Zukunft ausserdem im Sozial- und im Gesundheitswesen geschaffen werden. Grosse, international tätige Unternehmen hingegen schaffen in der Schweiz relativ wenig neue Arbeitsplätze – schon gar nicht, wenn sie nach jeder Fusion Leute auf die Strasse stellen und den Shareholder Value (also den Aktionärsgeinn) zum obersten Ziel haben!

Heute sind viele KMU und Gewerbebetriebe in der Krise. Diese ist aber nicht nur selbstverschuldet, wie Wirtschaftskapitäne und bürgerliche PolitikerInnen gern behaupten: Zu einem grossen Teil wurden diese Unternehmen Opfer der Geldpolitik der Nationalbank, der Kreditpolitik der Grossbanken und des Preisdrucks der Grossunternehmen.

«Für Leute ohne grosses Vermögen ist es praktisch unmöglich, für die Gründung einer Firma einen Investitionskredit zu erhalten. Die Liquiditätsplanung wird zum Seiltanz — gute Ideen hin oder her. Der Staat soll die KMU von zeit- und kostenintensivem Aufwand entlasten: Sowenig Bürokratie wie möglich, soviel wie nötig. Eine zentrale Anlaufstelle der Verwaltung sollte den KMU in allen Fragen zu AHV, ALV, Steuern und Bewilligungen zur Seite stehen. Damit Kleinunternehmende ihre Nächte und Wochenenden nicht mit dem Ausfüllen von Formularen verbringen – sondern allenfalls mit dem Ausbrüten innovativer Ideen.» Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin Wädenswil, Mitinhaberin einer Kommunikationsagentur.

Die Geldpolitik hat dazu geführt, dass sich die Zinskosten für die KMU drastisch erhöhten. Die Grossbanken haben mit ihrer restriktiven Kreditpolitik die Problemlage noch verschärft, indem sie vielen KMU die Zinsen für Betriebskredite erhöhten oder bei

den Hypozinsen die Schraube anzogen. Ausserdem waren die KMU in den letzten Jahren dem doppelten Preisdruck der Grossunternehmen ausgesetzt. Als Kunden haben diese ihnen hohe Preise verrechnen können, weil aufgrund von Fusionen der Preiswettbewerb fehlte. Als Zulieferer und Lieferanten wurden sie vermehrt unter Druck gesetzt, ihre Preise zu senken. Die doppelten Gewinner sind die gleichen Grossunternehmen, die mit guten Produktivitätskennziffern und hohen Gewinnen und Renditen gut dastehen.

«Als Leiterin des Projekts «Glattwägs» erfahre ich tagtäglich, dass leistungsschwächere und ausländische Jugendliche kaum Aussicht auf einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz haben. Wir vermitteln Arbeitsaufträge und helfen bei der Lehrstellensuche. Weil ich weiss, dass Bildung der wichtigste Rohstoff der Schweiz ist, unterstütze ich die Lehrstelleninitiative LIPA der Jugendorganisationen»

Susanna Rusca Speck,
Kantonsrätin Zürich 12, Sozialpädagogin

> **Das gibt mehr Arbeitsplätze:**

- **Klein- und Mittelunternehmen unterstützen anstatt auspressen**

Die Wirtschafts- und Standortpolitik des Kantons Zürich muss stärker als bisher die Förderung und Unterstützung von KMU im Auge haben. Der Kanton muss sich für deren Belange stärker engagieren, soll koordinieren und Anstösse geben. Hier besteht Handlungsbedarf:

- Unterstützung bei der Bewältigung bürokratischer Hürden (Zentrale Anlaufstelle bei der Verwaltung)
- Unterstützung des Technologietransfers zwischen Hochschule und Wirtschaft (z.B. durch Stipendien und Praktika, gemeinsame Workshops von Wissenschaft und Praxis, Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Austausch)
- Bildung und Unterstützung von Drehscheiben für den Know-How-Austausch im Bereich neuer Technologien
- Unterstützung bei der Einführung neuer Arbeitszeitmodelle
- Förderung der Vernetzung, Aus- und Weiterbildung von KMU bzw. deren MitarbeiterInnen

- **Kantonale Firmengründungsoffensive**

Der Kanton soll in die Startfinanzierung von neuen, erfolgsversprechenden Unternehmen sowie die Umsetzung zukunftsgerichteter Technologien in die

Produktion investieren, da die Grossbanken dies nicht in genügendem Ausmasse tun. Dies könnte mit einer Gesellschaft geschehen, an welcher sich neben dem Kanton Zürich auch die Kantonalbank, Pensionskassen, Unternehmen und Private beteiligen können. Diese Fonds-Gesellschaft beteiligt sich bei der Gründung erfolgversprechender Firmen an deren Gesellschaftskapital und gewährt allenfalls günstige Darlehen. Sie betreibt oder vermittelt aktive Beratung, welche sicherstellt, dass die Jungunternehmen das zur Verfügung gestellte Kapital optimal und zielgerichtet einsetzen. Um den Produkte-Erfolg zu sichern, soll Unterstützung gewährt werden bei Fragen des Management und Marketing, bei der Abklärung der Marktchancen, der Back-Office-Organisation, der Logistik etc.

- **Kantonaler Lehrstellenfonds**

Aus Kostengründen verzichten heute immer mehr Betriebe darauf, Lehrstellen anzubieten. Es ist aber fatal, wenn wir jungen Menschen keine Chance geben. Wir schlagen die Bildung eines Lehrstellenfonds vor, in welchen alle Betriebe einzahlen müssen und aus welchem diejenigen Betriebe entschädigt werden, welche Lehrstellen anbieten.

Investieren wir in die Zukunft!

Wenn die Jugend eine Perspektive hat, ist dies eine Investition in die Zukunft. Dies genügt aber noch nicht. Der Kanton muss seine Investitionspolitik so ändern, dass künftig Investitionen in Bildung, Zukunftstechnologien und Zukunftsdienstleistungen den Vorrang haben.

Unter Zukunftstechnologien und -dienstleistungen verstehen wir Technologien oder Dienstleistungen in den Bereichen Kommunikation, Information/Informatik, Umwelt, rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien. Ein zentrales Ziel unserer Wirtschaftspolitik und des Strukturwandels, den wir anstreben, ist eine *nachhaltige* Wirtschaft. Nachhaltigkeit bedeutet eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- und Umweltverbrauch.

Der Kanton Zürich soll mit einem eigenen Impulsprogramm in Zukunftstechnologien die Wirtschaft ankurbeln und damit Arbeitsplätze schaffen. Damit würde ein Innovationsschub ausgelöst, welcher den Kurswechsel in Richtung nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unterstützt. Das Geld wäre gut investiert, da Energie- und

Umweltinvestitionen, im Gegensatz zu klassischen Bauinvestitionen, einen grossen Multiplikatoreffekt für Arbeitsplätze aufweisen.

Multiplikatoreffekt: Mit einem Franken, welchen die öffentliche Hand z.B. an energetische Sanierungen bezahlt, werden weitere Investitionen im Wert von 8 bis 10 Franken ausgelöst. 20 Millionen Investitions-Anschub durch den Kanton würden also rund 200 Millionen Franken Investitionen auslösen: Dabei schauen etwa 2000 Arbeitsplätze heraus.

Ausserdem müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die erneuerbaren Energien gegenüber den herkömmlichen Energien attraktiver werden. Heute ist Solarstrom für die KonsumentInnen teurer als Energie von nicht-erneuerbaren Energieträgern. Ausserdem muss der Kanton Zürich die ökologische Steuerreform dringend in Angriff nehmen.

> Das gibt mehr Arbeitsplätze:

- **Nachhaltige Investitionspolitik**

In Zukunft müssen Investitionen in Bildung, Zukunftsdienstleistungen und Zukunftstechnologien den Vorrang haben. Investitionen lediglich in Beton haben ausgedient!

- **Lenkungsabgabe auf den Strompreis**

Die begrenzten Ressourcen sind heute zu billig. Mit einer Lenkungsabgabe auf dem Strompreis, ähnlich wie im Kanton Basel-Stadt, würde nicht nur das Energiesparen, sondern auch erneuerbare Energien gefördert.

- **Impulsprogramm Zukunftstechnologien**

Der Kanton Zürich soll ein Investitionsprogramm in Zukunftstechnologien und erneuerbare Energien starten, das die Wirtschaft anzukurbelt und neue Arbeitsplätze schafft. Ein Teil der Einnahmen hierfür stammt aus der Lenkungsabgabe. Einerseits soll der Kanton eigene Liegenschaften energetisch sanieren. Dies spart Strom und trägt zur Werterhaltung bei. Andererseits sollen Kanton oder Gemeinden Investitionen tätigen oder mittels Förderbeiträge Investitionen von Privaten auslösen in folgenden Bereichen:

- Förderung der Marktdurchdringung erneuerbarer Energien und Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz
- Förderung dezentraler Energieanlagen wie Wärmekraft-Koppelung, Biogas-

Anlagen, Photovoltaik-Anlagen etc.
- wärmetechnische Sanierungen

Weiterbildung ist zentral

Für einen Konjunkturaufschwung und damit mehr Arbeitsplätze brauchen wir gutausgebildete Arbeitskräfte; permanente Aus- und Weiterbildung ist von zentraler Bedeutung. Investitionen in die Bildung ermöglichen einen innovativen Wandel der Gesellschaft und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität unseres Kantons.

Es müssen neue Berufsprofile für leistungsschwächere SchülerInnen entwickelt werden, damit diese auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben. Niederschwellige Bildungsangebote, z.B. modulare Lehrgänge, sollen gefördert werden. Das Stipendienwesen ist auszubauen. Es sind ergänzende Modelle zur Ausbildungsfinanzierung zu entwickeln, welche dem lebenslangen Lernen besser Rechnung tragen. Und das Steuerrecht ist so zu ändern, dass grosszügigere Ausbildungsabzüge für Weiterbildungen möglich werden.

Nicht alles muss der Kanton selber machen. Vieles müsste er nur anregen, propagieren und vielleicht koordinieren. Beispielsweise die Gründung von Ausbildungsverbänden zwischen den Betrieben oder gar regionale Ausbildungszentren, welche die einzelne ausbildende Unternehmung entlasten würden. Oder Weiterbildungsverbände für Klein- und Mittelunternehmen.

> Das gibt mehr Arbeitsplätze:

- **Weiterbildungsoffensive**

Der Kanton Zürich soll eine Weiterbildungsoffensive starten, in deren Zentrum zukunftsgerichtete Dienstleistungen im Bereich der Qualitätssicherung, der Verbesserung der sozialen Infrastruktur, aber auch technische Berufe stehen. Die Weiterbildungsoffensive soll vor allem den BerufsschulabgängerInnen offenstehen.

- **Urlaub für kantonale Angestellte**

Der Kanton Zürich als Arbeitgeber soll längere Aus- und Weiterbildungsurlaube gewähren, wobei die Kosten so verteilt werden müssen, dass auch Angestellte mit

niedrigem Einkommen hiervon Gebrauch machen können. Während der Urlaubsvakanzen werden zeitlich befristete Stellen geschaffen.

Flexible Arbeitszeiten – zu Gunsten von allen!

Die Arbeitswelt der Zukunft wird anders aussehen als heute. Die Grenze zwischen fester Anstellung und freiberuflicher Tätigkeit wird fließend sein und während ihres Arbeitslebens wird jede Person mehrmals die Stelle, den Beruf oder sogar die Branche wechseln. Je nach Lebensphase ist die Erwerbsarbeit wichtiger oder tritt vorübergehend eher in den Hintergrund. Die Teilzeitarbeit wird weiter zunehmen. Waren 1991 noch 54 Prozent der Frauen und 94 Prozent der Männer Vollzeit erwerbstätig, so sank ihr Anteil bis 1997 auf 44 Prozent bei den Frauen und 91 Prozent bei den Männern.

Teilzeitarbeit: Heute haben mehr Frauen weniger bezahlte Arbeit: Zwischen 1985 und 1995 hat die Zahl der beschäftigten Frauen um 12 Prozent zugenommen, während sich die Summe der von Frauen geleisteten bezahlten Arbeitsstunden um lediglich 3 Prozent erhöht hat.

Neue Technologien bringen mehr Produktivität und damit weniger bezahlte Arbeit. Um so wichtiger ist es, dass diese gerecht auf mehr Köpfe und Hände verteilt wird — wie auch die Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit. Dies geschieht — wie wir wissen — nicht von heute auf morgen und braucht frauen- und familienfreundliche Rahmenbedingungen. Zum Beispiel neue Rollenbilder, Lohngleichheit, bessere Aus- und Weiterbildung und damit gleiche Berufschancen für Frauen und Männer, Anerkennung der Nichterwerbsarbeit als Qualifikation, höhere Kinderzulagen, Mutterschaftsversicherung, Blockzeiten und kinderfreundliche Arbeitsbedingungen.

> Das gibt mehr Arbeitsplätze:

- **Umverteilung der Arbeit**

Die Devise der Zukunft lautet: mehr Menschen verrichten weniger Erwerbsarbeit. Die Arbeitszeiten müssen kürzer werden. Dabei ist klar, dass existenzsichernde Löhne zu zahlen sind und die Überstundenarbeit eingeschränkt werden muss. Die Haus- und Erziehungsarbeit ist gleichmässiger auf Männer und Frauen zu verteilen.

- **Neue Arbeitszeitmodelle**

Der Kanton kann in der Verwaltung eine Vorbildfunktion bezüglich der Einführung neuer Arbeitszeitmodelle einnehmen. Gegenüber der Privatwirtschaft kann er einerseits beratend wirken und andererseits finanzielle Anreize schaffen. Er kann beispielsweise Arbeitsumverteilungsmassnahmen oder frühzeitige Pensionierungen, welche Stellen für Junge schaffen, durch Lenkungsmassnahmen unterstützen.

- **Benachteiligungen für Teilzeitarbeit und Job-Sharing aufheben**

Die Benachteiligungen im Arbeits-, Vorsorge- und Sozialversicherungsbereich, welche Teilzeitstellen und Job-Sharing für viele Menschen mit niedrigen Löhnen oder Familienpflichten unattraktiv machen, sind zu beheben.

Auf einen Blick:

Die Vorschläge der SP: das bringt neue Arbeitsplätze

Klein- und Mittelunternehmen unterstützen anstatt auspressen

Eine kantonale Firmengründungsoffensive starten

Einen kantonalen Lehrstellenfonds einrichten

Eine nachhaltige Investitionspolitik betreiben

Eine Lenkungsabgabe auf den Strompreis erheben

Ein Impulsprogramm in Zukunftstechnologien starten

Eine Weiterbildungsoffensive beginnen

Weiterbildungsurlaub für kantonale Angestellte ermöglichen

Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit umverteilen

Neue Arbeitszeitmodelle einführen

Benachteiligungen für Teilzeitarbeit und Job-Sharing aufheben

Impressum

Sozialdemokratische Partei Kanton Zürich

Text: Claudia Balocco und Bettina Volland

Druck: Buchmann Druck

Gestaltung: Raymond Naef

Februar 1999

SP. Sozialdemokratische Partei.

_____ Talon _____

Ich will mehr wissen von der SP

Bitte senden Sie mir

- Broschüre **Wir sind Partei. Positionen und Personen der SP** (40 Seiten)
- ein Beitrittsformular
- die aktuelle Ausgabe von **links.zh. Informationen der SP Kanton Zürich**. (16 Seiten)
- folgende Publikationen

Name / Vorname

Adresse:

PLZ/Ort:

SP Kanton Zürich, Hallwylstr. 29, Postfach 619, 8039 Zürich.

Fax 01 241 72 42

e-mail: spkanton@spzuerich.ch